

K O M M U N A L W A H L P R O G R A M M

des FDP-Kreisverbandes Germersheim
zur Kommunalwahl 2009

fortgeschrieben und vorgelegt durch den Vorsitzenden Andy Becht
zur Diskussion und Beschlussfassung im Kreisvorstand
am 28.05.08, 13.08.08 in Bellheim

- beschlossen auf dem Parteitag des FDP-Kreisverbandes Germersheim
am 10.02.09 in Rülzheim -

Präambel

Bürgerfreundliche und bürgernahe Verwaltung

**Familienfreundliche Kommune / Menschenfreundliche Gesellschaft / Liberale
Baupolitik**

Schul- und Hochschulpolitik "Mehr Kohle für Bildung"

Umwelt- und Energiepolitik

Verkehrspolitik

Wirtschaftspolitik

Tourismus

Finanzen

Menschenfreundliche Politik

Präambel

Die Verfassung gibt den Gemeinden und dem Landkreis das grundrechtsgleiche Recht der "kommunalen Selbstverwaltungsgarantie". Unabhängig von weiteren politischen Ebenen (Land, Bund, Europa ...) ist daher den Entscheidungsträgern in den Kommunen (Gemeinde, Landkreis) ein umfassender Spielraum eingeräumt, Politik zu gestalten. Das politische Engagement "vor Ort", in den Kommunen, geht daher mit einem hohen Maß an Verantwortung gegenüber dem Bürger einher.

Gerade nämlich auf kommunaler Ebene sind liberale Ideen überaus wichtig.

Die liberale Weltanschauung stellt den Bürger in den Mittelpunkt allen staatlichen und politischen Handelns. Die Idee der Freiheit bedeutet, dass der Staat, d. h. die Verwaltung wie auch die Entscheidungsträger in den Gremien (Gemeinderat, Kreistag und zugehörige Ausschüsse) die Freiheit des einzelnen Bürgers zu respektieren und in den Mittelpunkt all ihrer Entscheidungen und Handlungen zu stellen haben.

Das Verständnis der FDP vom Verhältnis "Staat - Bürger" ist geprägt von staatlicher Enthaltensamkeit gegenüber der Freiheitssphäre des Individuums. Im Kern reduziert sich die Maxime liberalen Denkens und Handelns - gerade auf kommunaler Ebene - auf die Frage, in welchem Umfang dem Bürger in seinem alltäglichen Leben und Wirken

Freiheitsspielräume erhalten bleiben müssen oder inwieweit an deren Stelle die ordnende Hand des Staates platzerreifen darf.

Im Zweifel wird sich die FDP im Rahmen der vorzunehmenden Abwägung immer für die Eigenverantwortlichkeit und die Freiheit des einzelnen entscheiden, da es das Grundrecht auf Schutz der persönlichen Freiheit nach dem grundrechtlichen Schutz der Menschenwürde als höchstes Staatsgut anerkennt.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen gibt sich der FDP-Kreisverband Germersheim das nachfolgende Programm.

Es stellt eine Ergänzung zu dem Kommunalwahlprogramm des FDP Landesverbandes Rheinland-Pfalz wie auch zu den örtlichen Programmen der FDP Gemeinde- und Verbandsgemeindeverbände im Gebiet des Landkreises Germersheim dar. Für weitergehende Informationen bittet der Kreisverband daher auch um Heranziehung dieser Papiere.

Diese Präambel war auch schon dem Kommunalwahlprogramm 2004 vorangestellt. Deren Wiederaufgreifen im Rahmen des Wahlprogramms 2009 manifestiert einmal mehr das Bekenntnis des FDP Kreisverbandes Germersheim zu den darin enthaltenen Wertvorstellungen und dessen Kontinuität in politischen Fragen.

Rülzheim, den 10. Februar 2009

Bürgerfreundliche und bürgernahe Verwaltung

Die Struktur und die Philosophie der öffentlichen Verwaltung hat sich in den letzten Jahrzehnten glücklicherweise gewandelt. Die Bürger dürfen nicht mehr als Bittsteller vor einer übermächtigen Behörde gesehen, vielmehr muss sich die Verwaltung mittlerweile zunehmend als Dienstleister der Menschen mit all ihren Bedürfnissen und Belangen begreifen.

Diese Entwicklung steht im Einklang mit dem liberalen Menschenbild und wurde daher von der FDP auf allen politischen Ebenen stets unterstützt und forciert.

Es ist daher beispielsweise in Form erster Erfolge zu begrüßen, dass die Kfz-Zulassung mittlerweile auch komplett über die Verbandsgemeindeverwaltungen abgewickelt werden kann. Auch die Einrichtung einer zweiten Zulassungsstelle in Kandel steht mit diesem Gedanken grundsätzlich im Einklang. Auch die Ausrichtung der Verwaltung als "Service-Punkt" für verschiedenartige Anfragen der Bürger, sei es aus dem Abfall- wie auch dem ordnungsrechtlichen Bereich, findet daher die volle Zustimmung der FDP.

Bürgerfreundliche Verwaltung heißt jedoch auch "schlanke Verwaltung". Dies versteht sich nicht nur unter Kostengesichtspunkten, da verständlicherweise ein kleinerer Verwaltungsapparat geringere - aus Steuermitteln zu deckende - Kosten verursacht.

Eine "schlanke Verwaltung" ist auch deswegen bürgerfreundlich, weil Zuständigkeiten gebündelt und damit Verwaltungsverfahren gestrafft werden können.

Die Verwaltungs- und Gebietsstruktur im Land Rheinland-Pfalz ist nach einhelliger Auffassung der Fachwelt dringend reformbedürftig. Die letzte wesentliche Reform der Verwaltungsstruktur erfolgte bereits vor über 30 Jahren; weiteren Reformabsichten steht der FDP-Kreisverband aufgeschlossen gegenüber. Die Verwaltungsstruktur muss auf den Prüfstand. Zu oft drängt sich die Frage auf, ob nicht Kompetenzen der Kreisverwaltung auf die Verbandsgemeindeebene bzw. umgekehrt, Kompetenzen der Verbandsgemeindeebene nicht besser auf die Kreisverwaltung übertragen werden sollten.

Der Gebietszuschnitt für die einzelnen Verbandsgemeinden bzw. Landkreise ist zu klein. Schon jetzt versuchen die Kommunen Wirtschaftlichkeit von Verwaltungsaufgaben dadurch herzustellen, dass sogenannte Zweckverbände gegründet werden, innerhalb derer sich mehrere Gebietskörperschaften zusammen tun, um Aufgaben gemeinsam

wirtschaftlicher zu schultern.

Für den Bürger ist es nämlich nur wichtig, dass vor Ort Anlaufstellen bestehen, die ihm einen leichten und unmittelbaren Zugang zur Verwaltung ermöglichen. Als derartige örtliche Anlaufstellen können bspw. sogenannte Bürgerbüros dienen.

Bürgerfreundliche Verwaltung ist nämlich auch und gerade nach einer Optimierung der Verwaltungs- und Gebietsstruktur möglich, bzw. diese Optimierung ist die Voraussetzung dafür, dass bürgerfreundliche Verwaltung überhaupt gewährleistet werden kann.

Denn: Die Verwaltung in den rheinland-pfälzischen Kommunen und den Landeseinheiten ist zu teuer und der Bürger muss sie bezahlen!

Der FDP-Kreisverband Germersheim setzt sich daher dafür ein, dass auf Landesebene das Thema "Verwaltungsstruktur- und Gebietsreform" weiter geprüft, offen diskutiert und letztlich dann auch vollzogen wird.

Vor dem Hintergrund des Erfordernisses einer bürgerfreundlichen und kostenschonenden Verwaltung tritt die FDP daher auch für den "**Großkreis Südpfalz**", der sich über das Gebiet der jetzigen Kreise Germersheim und Südliche Weinstraße und der Stadt Landau erstreckt, ein.

Es macht keinen Sinn, die Verwaltungsreform und das von vielen erkannte Reformbedürfnis nur mit Lippenbekenntnissen zu beschreiben und die Diskussion auf Allgemeinplätze zu verschieben.

Die FDP ist die erste Partei im Politikgefüge des Kreisgebietes Germersheim, die offen zu einem Großkreis steht und diesen zwischenzeitlich auch schon auf mehreren Parteitag beschlossen hat.

Neben dem Wegfall hochrangiger und gutbezahlter Posten in der Südpfalz wäre ein Großkreis auch ein Gewinn für die gemeinsame Identität der Südpfälzer. Ein einiges und einheitliches „Fleckchen Erde umgrenzt von Rhein und Wein“ hätte auch endlich einen kongruenten politischen Rahmen. Die Erfolge für die Tourismus- und Ansiedlungspolitik liegen auf der Hand.

Die Bürgernähe könnte einfach dadurch erhalten bleiben, dass für publikumsrelevante Verwaltungsdienstleistungen (Jugendamt, Kfz-Zulassung etc.) Außenstellen aufrechterhalten bleiben. Für die überwiegende Anzahl der Dienstleistungen ist es jedoch vollkommen gleichgültig, ob diese von Landau oder Germersheim aus praktiziert werden, solange vor Ort Ansprechpartner zur Verfügung stehen (bspw. in den bestehenden Verbandsgemeindeverwaltungsgebäuden). In Zeiten moderner und einheitlich vernetzter Kommunikationsmöglichkeiten spielt es für die verwaltungsinterne Kommunikation nur eine untergeordnete Rolle, ob der Beamte im Zimmer nebenan oder ein paar Kilometer entfernt sitzt.

Es wäre ohnehin zu begrüßen, wenn die Verwaltung auf ein einheitliches und gemeinsames Kommunikationssystem zurückgreifen würde.

Im Zuge einer Reform wäre auch an eine weitere Dezentralisierung von Verwaltungsdienstleistungen zu denken, wie bislang schon bei der Kfz-Zulassung geschehen, die – wie oben schon erwähnt – nunmehr auch auf Verbandsgemeindeebene (in Kandel und in Germersheim) durchgeführt werden kann. Damit hätte eine Reform zum „Großkreis Südpfalz“ eher noch mehr Bürgernähe zur Folge, als man deren Rückgang befürchten müsste.

Bürgerfreundliche Verwaltung bedeutet auch, sich der **modernen Kommunikationsmittel** zu bedienen (e-mail, Internet, Intranet..), da dies der Bedürfnislage eines großen Teils der Bürger entspricht. Die FDP ermutigt die Verwaltung und setzt sich insoweit in den zuständigen Gremien dafür ein, dass noch mehr als bisher über das Internet die Möglichkeit gewährleistet wird, Formulare herunterzuladen und entsprechende Anträge zu

stellen.

Bei all dem darf jedoch die althergebrachte Kommunikationsweise nicht aus den Augen verloren werden, da gerade bei zahlreichen älteren Bürgern keine oder nur geringe Möglichkeiten bestehen, die modernen Kommunikationsmittel zu benutzen. Vielmehr muss hier zweigleisig gefahren werden.

Das **Informationsangebot** für den Bürger, was das Vereinsleben, Bildungsangebote (Schulen, Hochschulen...), Freizeitattraktionen, Verkehrsinfrastruktur, Tourismus usw. anbelangt, ist zu verbessern. Die FDP unterstützt daher die bereits aus der Mitte des Kreistags bzw. der Verwaltung eingeleiteten Schritte, was die Tourismusförderung und die Mitgliedschaft in diversen Fremdenverkehrs- und Regionalvereinen angeht. Die insoweit begonnenen Aktivitäten müssen ausgebaut werden, um die Attraktivität der Region für die Menschen zu steigern, insbesondere das ILEK (Integriertes ländliches Entwicklungskonzept). Insbesondere ist verstärkt auf die einheitliche Vermarktung des Aushängeschildes „Südpfalz“ Wert zu legen.

Sämtliches **Ortsrecht** aller kommunalen Glieder muss ins **Internet**. Auch die Protokolle sämtlicher Ratssitzungen. Diese dürfen nicht nur bruchstückhaft den Inhalt des Tagesordnungspunktes umreißen, sondern sie sollten auch den Inhalt der Debatte und die widerstreitenden Meinungen der Fraktionen wiedergeben.

Es geht hier um die Transparenz für den Bürger und die Verbesserung der Waffengleichheit zwischen Bürger, Rat, Verwaltung. In einer offenen Kommunikationsgesellschaft dürfen Normen und Beschlüsse nicht mehr ein Geheimnis der Verwaltung bleiben und Sonderwissen darstellen. Vielmehr sind die vielen (und leider auch oftmals unnötigen) kommunalen Vorschriften für jedermann leicht zugänglich im Internet zu veröffentlichen. Dies gilt für Bebauungspläne mit ihren grafischen und textlichen Festsetzungen, für bauliche Gestaltungssatzungen genauso wie für abfall-, wasser-/abwasserrechtliche und fleischhygienerechtliche Vorschriften. Auch die Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen der Kommunen müssen im Internet ihren Platz finden.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zunehmenden Anwendung moderner Informations- und Kommunikationsstrukturen und auch der Reformbedürftigkeit der Gebiets- und Verwaltungsstrukturen ist für den FDP Kreisverband ein **Umzug der Kreisverwaltung** aus dem bisherigen Gebäude in ein Festungsgebäude der Stadt Germersheim oder ein kompletter Neubau eines Verwaltungsgebäudes **nicht erforderlich**.

Im übrigen hat die zwischenzeitlich in Teilergebnissen vorliegende Begutachtung der Organisationsstruktur der Kreisverwaltung zutage gebracht, dass durch interne Umstrukturierungsmaßnahmen sich Effizienzsteigerungen erreichen lassen, ohne dass es der größeren und damit kostenintensiveren Maßnahme eines Umzugs oder sogar eines Neubaus bedürfte.

Dies Maßnahme zur Verwaltungseffektivierung hat die FDP in der Vergangenheit unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun.

Sicherlich ist es ein großes Problem, dass die Kreisverwaltung GER derzeit auf mehrere Standorte innerhalb der Stadt verteilt ist. Die Verwaltung wird jedoch durch die Zusammenlegung dieser Einheiten in ein Gebäude nicht bürgerfreundlicher.

Zu sehr verschieden sind die insoweit bestehenden Kompetenzen wie auch die damit korrespondierenden Bedürfnisse der Bürger: Ein Bürger muß selten gleichzeitig ins Bauamt, zum Amtsarzt und zur Zulassungsbehörde.

Im Übrigen ist, was die Umstrukturierung der Kreisverwaltung anbelangt, auch die in der Zukunft verstärkt zu fördernde wie auch zu fordernde **interkommunale Zusammenarbeit** zu berücksichtigen. Mit den benachbarten Gebietskörperschaften/Verwaltungseinheiten

bzw. mit den hierfür eingerichteten Zweckverbänden wären beispielsweise Lösungen denkbar, die Verwaltung gerade im Bereich der Schülerverkehre o. ä. regional zu bündeln und daher die Verwaltung zu straffen. Auch insoweit sind also Veränderungen absehbar, was die Zuständigkeitszuweisungen an die lokale Kreisverwaltung angeht.

Gerade in der Legislaturperiode (2004-2009) wurden auch unter Zustimmung der FDP entscheidende interkommunale Projekte und Einrichtungen südpfalzweit vernetzt. Es gibt eine gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle in der Südpfalz, einen gemeinsamen Fremdenverkehrs- und Tourismusverein, die Abfallentsorgung läuft über einen auch die Südpfalzkreise einschließenden Zweckverband, das Bienwaldgroßprojekt kennt keine (Kreis-)Grenzen. Nicht zu vergessen die gemeinsame Rettungsleitstelle in Landau. Auch das Gesetz (z.B. die Notfalldienstverteilung bei der Unterbringung psychisch Kranker – PsychKG) kennt keine Kreisgrenzen (hier ist mal der Kreis SÜW, mal die Stadt Landau, mal der Kreis Germersheim zuständig).

Die engen Grenzen, wie sie von manchen Provinzpolitiker noch propagiert werden, existieren in der Realität also teilweise schon gar nicht mehr.

Familienfreundliche Kommune / Menschenfreundliche Gesellschaft / Liberale Baupolitik

Die FDP im Kreisverband Germersheim setzt sich dafür ein, dass in den kommunalen Planungen verstärkt **Belange sowohl von Behinderten als auch von Senioren** - in nicht minderem Maß aber auch von **Familien** - Berücksichtigung finden, damit diesen Menschen eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.

Eine große Bedeutung kommt hierbei der vornehmlich in den Händen der Gemeinden und Verbandsgemeinden liegenden **kommunalen Baupolitik** zu. Der FDP Kreisverband Germersheim unterstützt seine kommunalen Mandatsträger bei der Verwirklichung folgender Grundsätze:

- Attraktive Ortskerne und Zentren:

Sollen die Innenstädte nicht veröden, müssen sie für Wohnen und Gewerbe, Handel, Handwerk, die freien Berufe und den übrigen Dienstleistungsbereich gleichermaßen attraktiv bleiben.

Die FDP will die Förderung von städtebaulichen Konzepten, die der Verödung der Innenstädte entgegenwirken, damit diese insbesondere für Familien und Senioren attraktiv bleiben.

- Innenbereich vor Außenbereich:

Eine derart expansive Bauflächenausweisung wie in der Vergangenheit können wir uns für die Zukunft nicht mehr leisten. Im Hinblick auf die jeweils als Satzung zu beschließenden Flächennutzungspläne sollen die Kommunen dazu animiert werden, weitere Bauflächen im Außenbereich nur noch bei absoluter Erforderlichkeit auszuweisen.

Hält der Trend zur Übersiedlung in die Außenbereiche an, veröden die Innenstädte und Dorfkerne weiter. Darunter leidet das gesamte soziale und gesellschaftliche Leben in der Kommune.

Die Gemeinden sind daher im übrigen auch in der Verantwortung, wenn aufgrund der abzusehenden demografischen Entwicklung eine erhebliche Zahl der Immobilien in der Zukunft nur weit unter Wert verkäuflich sein werden.

- Entschlackung des Bauordnungsrechtes:

Gestalterische Vorgaben und Festsetzungen in baurechtlichen Satzungen sollen nur dann und nur soweit vorgenommen werden, als dass das Gestaltungsinteresse

der Kommune das Interesse des Bürgers an der Wahrnehmung seiner grundrechtlichen garantierten Bau (-und das heißt Eigentums-)Freiheit erheblich überwiegt.

Dem Bauherrn soll das größtmögliche Maß an Gestaltungsmöglichkeiten belassen werden; eine Überregulierung ist zu vermeiden.

Bei der Ausweisung von Neubaugebieten bspw. überwiegt das Gestaltungsinteresse der Gemeinde mangels unmittelbarer bauhistorischer und denkmalschutzrechtlicher Anknüpfungspunkte selten die Baufreiheit der Eigentümer. Daher wird sich die FDP auch vor Ort dafür einsetzen, den bauwilligen Familien gerade hier größtmögliche gestalterische Freiheit zukommen zu lassen.

Gestaltungsvorgaben bergen nämlich neben der damit einhergehenden Freiheitsbeschränkung auch oftmals Kostensteigerungen in sich, welche die FDP den bauwilligen Familien soweit irgend möglich nicht zumuten will. Die FDP will die Familien vor Ort halten und nicht durch unnötige Gängelung vergrämen.

Ein Übermaß an technischen Regelungen und kostensteigernden Schutzvorstellungen muss abgebaut werden. Die FDP strebt dabei keinen regelfreien Raum an, vielmehr ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem präventiv regelnden Einfluss des Staates und der Eigenverantwortung der am Bau beteiligten Gruppen.

Vor diesem Hintergrund sind auch zwingend sog. „Bepflanzungsvorschriften“ zu vermeiden, welche regeln, welche Gewächse auf einem Grundstück/Garten angepflanzt werden dürfen oder nicht, es sei denn diese gründen auf höherrangigem Recht, insbesondere landesnaturschutzrechtlichen Vorgaben.

- Förderung von Sanierungsvorhaben durch Ausweisung von Sanierungssatzungen:

Die FDP will weiterhin die verstärkte Förderung von Sanierungen und des Bauens im Bestand. Die Aufstellung einer Sanierungssatzung für bestimmte Ortsteile ist daher ein probates Mittel zur Bildung von Anreizen gerade durch die sich insoweit auftuenden Fördertöpfe und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten.

Durch die Sanierungssatzungen der Kommunen und die damit verbundenen Ausgleichszahlungen bei Verkauf und Ankauf, werden die Sanierungsausgleichszahlungen oftmals aber auch zu einer nicht mehr kalkulierbaren Belastung der Eigentümer von Innenstadt-/Dorfkern-Immobilien.

Die FDP setzt sich vor Ort dafür ein, die Sanierung nach Ablauf der Sanierungsmaßnahmen abzurechnen, keinesfalls aber einen Zeitraum von 5 Jahren zu überschreiten. Eigentümer in der Innenstadt/im Ortskern dürfen nicht schlechter gestellt werden als die Eigentümer bei Neubauten oder sonstigen Erschließungsmaßnahmen, im Rahmen derer die Erschließungsbeiträge stets „auf dem Fuße“ anfallen und auch abgerechnet werden.

Die Instandsetzung und Revitalisierung der Altbauten ist durch die Förderung und Beratung im Rahmen der Dorferneuerung und Städtebauförderung weiterhin zu gewährleisten.

Für eine gute Mischung der Funktionen Wohnen, Arbeit und Freizeit ist Sorge zu tragen.

Schul- und Hochschulpolitik "Mehr Kohle für Bildung"

Eine große - wenn nicht sogar die größte - Herausforderung für die Kommunalpolitik in den nächsten Legislaturperioden ist und bleibt die Schulpolitik.

D. h., dass das vorhandene Geld sinnvoll einzusetzen ist für die Erweiterung von Sammlungen, Bibliotheken und EDV-Ausstattung, kurzum der Steigerung der Effektivität des gesamten Bildungsangebotes.

Was pure **Baumaßnahmen** anbelangt, so ist die FDP im Kreisverband Germersheim der

Auffassung, dass hier die **kostengünstigsten Standards** eingehalten werden müssen. Mit einer sparsamen - aber ebenso effektiven - Bauweise werden damit finanzielle Ressourcen geschont, die für die oben erwähnten Bedarfe (Verbesserung der Ausstattung von Bibliotheken, EDV-Anlagen...) verwendet werden könnten.

Der FDP Kreisverband setzt sich für den weiteren **Ausbau der freiwilligen Ganztagschule** ein. Die freiwillige Ganztagschule, wie sie seit dem Jahr 2001 flächendeckend in Rheinland-Pfalz eingeführt wird, hält zwingend an dem (Verfassungs-) Prinzip, dass die Erziehung zuvörderst Aufgabe der Eltern ist, fest. Ebenso wird der gesellschaftspolitischen Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung getragen.

Da die Ganztagschule als zusätzliches und freiwilliges Angebot eingeführt wird, steht es auch mit der Freiheitsidee der FDP in Einklang, da die Familie und die Eltern den Vorrang vor staatlichen Erziehungsstrukturen behalten.

Im übrigen versteht die FDP die Ganztagschule als gesellschaftliches Gesamtkonzept, in das nicht nur staatliche, sondern insbesondere ehrenamtliche Strukturen, gerade durch die Einbeziehung von lokalen Vereinen, eingebunden sind.

Die Ganztagschulen dürfen aber nicht zur Zerstörung funktionierender Strukturen beitragen. Bestehende **Hort- und Betreuungsangebote** örtlicher freier Träger dürfen nicht in Gefahr geraten.

Die FDP setzt auf **Pluralität** und nicht auf Einheitsbrei; sie setzt auf **Wahlmöglichkeiten** der Eltern und Kindern bei der Auswahl von Betreuungsmöglichkeiten; sie setzt auf **Subsidiarität** und begrüßt privates Engagement vor staatlichem.

Die FDP im Germersheimer Kreistag wird die **Bezuschussung der Sprachförderung** in den Kindergärten jederzeit wieder unterstützen, wenn diese Bestandteil eines pädagogisch sinnvollen Gesamtkonzeptes werden. D.h., dass von den Kommunen gewährleistet werden muss, dass die Sprachförderung vom Kindergarten über die Grundschule bis hin zu den weiterführenden Schulen durchgängig gewährleistet wird. Die freiwillige Ganztagschule mit ihren Betreuungsangeboten bietet hier großes integratives Potential.

An der Notwendigkeit der Förderung von Sprachunterricht für das Erlernen der Muttersprache in den Kindergärten (vergleiche sog. Würzburger Programm) hält die FDP fest.

Der Kreistag hat sich gegen die Stimmen der FDP für die Einrichtung von fünf **integrierten Gesamtschulen (IGS)** ausgesprochen. Nach Abwägung aller Argumente hält die FDP an dem Standpunkt fest, dass kooperative Schulsysteme, welche an der grundsätzlichen Dreigliedrigkeit (Hauptschule-Realschule-Gymnasium) festhalten, für unser Gemeinwesen besser sind.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die FDP außerordentlich die Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums am Standort der Berufsbildenden Schule in Germersheim.

Die Schulen im dreigliedrigen Gefüge ermöglichen – selbstverständlich eine angemessene Ausstattung vorausgesetzt – eine bessere Individualförderung als die von der politischen Mehrheit zwischenzeitlich favorisierte Einheitsschule.

Natürlich muss jedem Schüler die Möglichkeit gegeben sein, ohne größere Probleme auch nach einer erfolgten Schullaufbahnauswahl je nach seinen Leistungen und Befähigungen die Schule wieder zu wechseln und nach dieser Maßgabe auch alle Abschlüsse zu erreichen (horizontale und vertikale Durchgängigkeit).

Nachdem nun aber die Mehrheit des Kreistages entschieden hat und dieser Prozess nicht mehr umkehrbar ist, wird sich die FDP auf Basis der getroffenen Entscheidungen weiter konstruktiv an der Schulentwicklungsdebatte beteiligen, insbesondere was die Standortauswahl und die Ausstattungsdebatte angeht.

Dies versteht sich vor dem Selbstbild der FDP als von selbst.

Universität und Konversion

Die FDP tritt seit langem dafür ein, dass in Germersheim - der Stadt mit der größten Universität ihrer Art in der ganzen Welt - eine weitere Hochschule angesiedelt wird, die zahlreiche, dringend erforderliche Sprach- und Kulturstudien anbietet.

"Clusters" - die Bündelung von Know-how und Kompetenz an einem Ort - sind die Zielsetzung der Metropolregion Rhein-Neckar und der Technologieregion Karlsruhe. So schlägt die FDP vor, dass die Stengelkaserne zu einer Hochschule im Sinne eines "Kompetenzzentrum für Sprache und Kultur" umgebaut wird, die völlig unabhängig ist, aber mit dem FASK kooperiert und weitere Sprachen- und Kulturstudien anbietet.

Eine dort untergebrachte Bibliothek könnte von allen genutzt werden. Dringend erforderlich wären moderne Arbeitsplätze, die ebenfalls von Studenten des FASK wie auch von Studenten dieser neu zu schaffenden Hochschule zu nutzen wären. Unter anderem könnte angeboten werden:

- Deutsch für Deutschlehrer aus der EU,
- Deutsch für ausländische Studenten, die ihr Studium an einer deutschen Universität aufnehmen möchten,
- Fachterminologische Kurse für Studenten der technischen Universitäten in Karlsruhe und Kaiserslautern und der Verwaltungshochschule Speyer
- Intensivkurse als Sommerkurse
- Weiterbildung für Sprachlehrer an deutschen Schulen (Englisch, Französisch, Spanisch, etc.)
- Kurse in interkultureller Kompetenz
- in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr am Standort Germersheim: Vorbereitung für Auslandseinsätze in sprachlicher und kultureller Hinsicht
- Intensivkurse für Dolmetscher der neuen EU-Mitgliedsstaaten
- Verhandlungsdolmetschen für Fachgespräche
- Dolmetschen zwischen zwei Fremdsprachen (ohne Deutsch)
- Weiterbildungskurse für computerunterstützte Kommunikation im Ausland (Fachprogramme TRADOS, Across, Star Transit)
- Vorbereitung und Abnahme des Toefl-Tests (English-Test als Studienvoraussetzung) etc.

Neben dem Umstand, dass viele Arbeitsplätze durch den Aufbau des Clusters entstehen würden (direkt durch Lehrkräfte und Angestellte und indirekt durch die Gastronomie der Region (Tourismus, Hotels, Restaurants, Wein, etc. wie auch indirekt durch Maßnahmen zur Zusatzqualifizierung), wird die Region Südpfalz mit einem hochkarätigen Bildungsangebot beworben (Werbung für die Region als Zentrum für Sprach- und Kulturkompetenz / Verfestigung der Sprachkompetenz im Raum Germersheim).

Ausstrahlen würden Effekte natürlich auch in die Konversionsabsichten von Kreis und Stadt wie auch andererseits in den Tourismus (Sprachferien? Belebungseffekt durch weitere Menschen, die nach Germersheim geführt werden und größtenteils auch wieder zurückkommen).

Umwelt- und Energiepolitik

Umweltschutz ist integraler Bestandteil zahlreicher Felder kommunalen Handelns, nicht nur im Bereich der Verkehrs-, der Wirtschafts- und der Tourismuspolitik.

Die FDP versteht Umweltschutz daher als Aufgabe und nicht als Selbstzweck.

Wo möglich tritt die FDP auch auf kommunaler Ebene für **Energieeinsparung und Reduktion des CO₂-Ausstosses** ein. Insbesondere auch innerstädtische/-dörfliche **Sanierungskonzepte** müssen sich an diesem Parameter messen lassen. Wenn möglich soll die Gemeinde **private Energieeinsparmöglichkeiten unterstützen**.

Geothermie-Projekte im Landkreis werden vorbehaltlos begrüßt.

Es ist zu prüfen, ob bei der Vielzahl vorhandener (oder auch ehemaliger) Mühlen im Landkreis Germersheim nicht auch die Energiegewinnung aus **Wasserkraft** sinnvoll wäre. Auch steht die FDP dem Ausbau von **Biogasanlagen** – gerade wegen ihrer Vernetzung zur Landwirtschaft – aufgeschlossen gegenüber. Es ist hier zu prüfen, ob nicht bestehende kommunale Kläranlagen um derartige Energiegewinnungskomponenten erweitert werden können.

Unsinnigerweise widersprechen **Solaranlagen** allzu oft kommunalen baurechtlichen Vorschriften; auch vor diesem Hintergrund sind allzu überbordende Bauvorschriften kontraproduktiv, nicht mehr zeitgemäß und daher abzuschaffen.

Insbesondere auch vor dem Hintergrund der zwingenden Reduktion von CO₂-Emissionen bezieht der FDP Kreisverband auch Position im Hinblick auf die Planung eines **Kohlekraftwerkes in Germersheim**:

Die FDP unterstützt die Klimaschutzziele der Bundesregierung und der EU. Da nach Angaben des Umweltbundesamtes neben den bereits genehmigten oder in Bau befindlichen Kohlekraftwerken keine weiteren Kohlekraftwerke zur Stromgewinnung erforderlich sind, spricht sich der FDP-Kreisverband Germersheim **gegen** das geplante Steinkohlekraftwerk Germersheim aus.

Nicht zuletzt muss auch berücksichtigt werden, dass ein derartiges Kraftwerk den regionalen Interessen an Lebensqualität, Verbesserung der Tourismus Chancen und Vermeidung weiterer Risiken zuwiderläuft.

Gerade vor dem Hintergrund des letzten Aspektes gilt es nochmals herauszuarbeiten, dass der Landkreis Germersheim den weit überwiegenden Teil des Hochwasserschutzes des Landes Rheinland-Pfalz leistet und damit auch zum größten Teil die Risiken von Hochwasserereignissen trägt. Damit haben unsere Bürger nach Auffassung der FDP genug für die Solidarität der Regionen getan. Ungeachtet der Frage also, ob überhaupt der Bau weiterer Kohlekraftwerke erforderlich ist, steht für die FDP fest: **Hier nicht!**

Die FDP Germersheim ist sich aber der Notwendigkeit einer sicheren, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Stromversorgung bewusst und sieht auch die Risiken und Unwägbarkeiten der Prognose des Umweltbundesamtes.

Sollte die geplante Steigerung der regenerativen Energiegewinnung oder die geplante Stromeinsparung nicht verwirklicht werden und dadurch eine Stromknappheit absehbar werden, fordert die FDP eine Überprüfung der Atomausstiegsvereinbarung und längere Laufzeiten der Kernkraftwerke.

Verkehrspolitik

Mobilität ist und bleibt für die FDP ein vorrangiges Freiheitsthema.

Sowohl der Individualverkehr wie auch der öffentliche Personennahverkehr sind daher nach wie vor zu fördern und auszubauen.

Zu dem Individualverkehr gehört nicht nur der Autoverkehr, sondern vielmehr auch der Ausbau des **Radwegenetzes**. Vor diesem Hintergrund begrüßt die FDP den Ausbau der schon lange von ihr geforderten Verbindungen zwischen Rülzheim und Rheinzabern bzw. Wörth und Jockgrim .

Was den **öffentlichen Personennahverkehr** anbelangt, so war die FDP im Kreisverband Germersheim für die Herbeiführung der Elektrifizierung der Eisenbahntrasse zwischen Speyer und Germersheim als Vorstufe des Ausbaus des Stadtbahnnetzes zwischen Karlsruhe über Wörth nach Germersheim.

Für die beteiligten Kommunen ist die Finanzierung der Stadtbahn mit größten finanziellen Anstrengungen verbunden. Dieses wichtige Projekt ist jedoch auch unter der Inanspruchnahme von Krediten durchzuziehen. Ein derartiges Projekt ist notfalls auch

unter Beteiligung der nachfolgenden Generationen zu verwirklichen. Der Nachhaltigkeitseffekt überwiegt dieses Manko bei weitem.

In gleichem Maße soll nach wie der Ausbau der Stadtbahn von Karlsruhe über Winden nach Landau forciert werden.

Auch für das S-Bahn-Projekt zwischen Germersheim und Bruchsal setzt sich die FDP nach wie vor ein.

Die FDP will auch nicht, dass eine etwaige Reaktivierung der Bahnstrecke Germersheim-Landau in Vergessenheit gerät. In Ost-West-Richtung fehlt es in der Südpfalz an einer tragfähigen Verbindung, nicht nur vor dem Hintergrund der besseren inneren Vernetzung des für die FDP zu begrüßenden Großkreises Südpfalz.

In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist es jedoch auch nach wie vor notwendig den verkehrlichen Bedürfnissen des **Individualverkehrs**, sprich KFZ-Verkehrs, Rechnung zu tragen. Hierbei bleibt der FDP Kreisverband ebenfalls bei seinem klaren Votum für die schnellstmögliche Errichtung der zweiten Rheinbrücke bei Wörth und der Herbeiführung des Lückenschlusses zwischen der deutschen Autobahn A 65 und der französischen Autobahn A 35 bei Lauterburg.

Hinsichtlich der konkreten Bauvarianten wird hinsichtlich der zweiten Rheinbrücke bei Wörth die sog. "Nordvariante" bevorzugt. Die FDP erachtet eine Bauvariante unmittelbar bei der bestehenden Brücke als wenig sinnvoll an, da gerade die Entzerrungseffekte die größtmögliche Verkehrsentslastung bieten. Glücklicherweise ist diese Frage aktuell im Sinne der FDP entschieden.

Wirtschaftspolitik

Die soziale Marktwirtschaft lebt von der freien Entfaltung der unternehmerischen Kräfte. Daher kann aktive und wirkungsvolle Wirtschaftspolitik am besten dadurch gewährleistet werden, dass man dem Unternehmer/Gewerbetreibenden größtmögliche Gestaltungsspielräume lässt.

Daher hat sich die FDP im Kreisverband Germersheim stets skeptisch gegenüber der Einzelförderung von Projekten der Großindustrie gezeigt. Eine gezielte Förderung (gleich in welcher Form) von einzelnen (gerade größerer) Unternehmen verstärkt nämlich den Aufbau von Monostrukturen, schafft Abhängigkeiten und wird von kleineren bzw. mittelständischen Unternehmen als ungerecht erfahren.

Langfristigkeit und Nachhaltigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind nur bei Chancengleichheit aller am Wirtschaftsleben Beteiligten zu erreichen. Damit sollte sich der Landkreis bei der Vornahme wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf solche konzentrieren, die er allen - also kleinen, mittleren und größeren - Unternehmen in gleichem Maße zu gewähren im Stande ist.

Aktive Wirtschaftsförderung sollte sich nach Meinung der FDP im Kreisverband Germersheim auf die Kernaufgaben des Staates bzw. der Kreisverwaltung konzentrieren, nämlich auf den Ausbau günstiger Infrastrukturen, die Verkürzung von Genehmigungsverfahren, der Hilfestellung bei der Standortauswahl und der Vermeidung unnötiger baurechtlicher Auflagen.

Die FDP im Kreistag GER hat deshalb - zur Optimierung der Wahrnehmung der Kernaufgaben - der Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft zugestimmt.

In der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sieht die ein geeignetes Instrument, Standort- und vor allem Gewerbeflächenmarketing zu betreiben. Noch viele Gewerbeflächen im Landkreis sind ungenutzt, teilweise auch solche mit optimaler Verkehrsanbindung. Es gibt

also auch hier noch vieles zu tun.

Ein verstärktes Engagement des Landkreises im wirtschaftspolitischen Bereich ist vor allem deswegen notwendig, weil die Potentiale unseres Landkreises noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Vielmehr ist im Rahmen der europäischen Entwicklung eine gemeinsame Anstrengung der PAMINA-Region nachhaltig zu verstärken, ebenso wie das Engagement in der Technologieregion Karlsruhe und der Metropolregion Rhein-Neckar.

Im Sinne einer Infrastrukturverbesserung setzt sich die FDP nach wie vor für eine Optimierung der DSL-/Breitbandversorgung im Landkreis ein.

Standortmarketingmaßnahmen werden vor allem angesichts dieser - für den Landkreis günstigen - Wettbewerbssituation auf fruchtbaren Boden fallen.

Tourismuspolitik

Die FDP im Kreisverband Germersheim sieht in der Südpfalz eine Region, die einheitlich zu vermarkten ist, da sich die Bürger auch mit der Südpfalz als ihrer Heimat einheitlich identifizieren.

Der Landkreis Germersheim hat - wie der Nachbarlandkreis SÜW - vieles an touristischen Attraktionen zu bieten. Wo die Südliche Weinstraße vorwiegend mit dem "Wein-Image" der Südpfalz aufwartet, schafft es der Landkreis GER mit seiner Lage am Rhein und den zugehörigen Auwäldern wie auch der sich insoweit ergebenden Landschaftskultur ein ebenbürtiges Pendant zu bieten.

Auch die Möglichkeiten des Radwanderns, die zahlreichen Museen und die historischen Baudenkmäler (insbesondere die Germersheimer Festung) sind hier zu nennen.

Daher muss der Landkreis Germersheim damit fortfahren, vor allem unter dem Markenzeichen "Südpfalz" Tourismus-Marketing zu betreiben.

Im Landkreis Germersheim liegen bspw. alleine 50 Seen (!) mit einer größeren Fläche als 1 ha. In dem von der Kreisverwaltung immer noch vorzulegenden "Nutzungskonzept Seen" bergen sich daher beträchtliche Tourismus-Potentiale, wenn die Gewichtung zwischen intensiver wie auch weicher Freizeit- und auf der anderen Seite ökologisch notwendiger und zurückhaltender Nutzung ausgewogen bleibt.

Auch sieht die FDP in dem - mit Zustimmung der FDP Kreistagsfraktion beschlossenen - sog. "Bienwald-Großprojekt" erhebliche Chancen für die Tourismus-Entwicklung im Landkreis GER wie auch in der gesamten Südpfalz.

Ein „Großkreis Südpfalz“ wäre auch und gerade in tourismuspolitischer Hinsicht zu begrüßen.

Finanzen

Der Grundsatz der Sparsamkeit des Staates muss sich in allen Bereichen staatlichen Handelns niederschlagen.

Zu Bedauern ist, dass durch die mutlose und zaghafte Steuerpolitik des Bundes die Kommunen und somit auch der Landkreis Germersheim immer weniger Finanzmittel zur Verfügung haben, um sog. "freiwillige Aufgaben" wahrzunehmen. Im Landkreis Germersheim liegt der Anteil der freiwilligen Ausgaben weit unter 1 % des Volumens des Verwaltungshaushaltes.

Der Gestaltungsspielraum ist daher um ein Vielfaches geringer als sich dies die Bürger

wie letztendlich auch die Entscheidungsträger in den Gremien wünschen.

Angesichts dieser finanzpolitischen Realität wird die FDP daher nicht - etwa aus populistischen Gründen - fordern, was schlichtweg nicht finanzierbar ist, sondern dem Bürger, was die Haushaltssituation anbelangt, reinen Wein einschenken.

Gerade aufgrund dieser Haltung war es die FDP, die vor allem in der letzten Legislaturperiode auch den Finger in die Wunde legte, was ansonsten eher wenig der Kritik unterworfenen Unternehmen bzw. Einrichtungen des Kreises anbelangte.

So scheut sich die FDP nicht, auch langjährige und teilweise festgefahrene Strukturen zu hinterfragen.

Auch die Sparkasse (Sparkasse GER/Kandel), an der der Kreis beteiligt ist, konnte sich trotz ihres positiven Engagements im Gesellschafts- und Sozialleben wie auch trotz ihres positiven Jahresergebnisses dem kritischen Blick der FDP nicht entziehen. Für die FDP im Kreisverband Germersheim ist die Sparkasse ein quasi-öffentliches Unternehmen, das sowohl von seiner Aufgabenzuweisung wie auch von seiner Finanzpolitik her stets vor dem Hintergrund der Frage: "Was bringt die Einrichtung für den Bürger?" gesehen werden muss.

Die FDP fordert von der Politik und der Sparkasse mehr Transparenz, mehr Beteiligung und mehr Ertrag für den Kreis!

Vor dem Hintergrund dieser Fragen ist auch die Anteilseignerschaft des Landkreises an weiteren Gesellschaften, wie bspw. der "Wohnbau Wörth GmbH", zu betrachten.

Die Abfallpolitik des Landkreises wird mit weiteren Städten und Kreisen gemeinschaftlich in einem Zweckverband (ZAS) betrieben. Auch diese Organisationsform gilt es - ebenso wie ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen - stets kritisch im Auge zu behalten.

Die FDP wird sich künftighin weiter dafür einsetzen, dass man sich der Bewertung der "Gerechtigkeit" der Höhe von Müllgebühren vor allem an der Marktgerechtigkeit orientiert. Ebenfalls ist der ZAS und dessen Organisationsstrukturen stets zu überwachen, ob Wirtschaftlichkeits- und Transparenz- und Gleichbehandlungsgrundsätze eingehalten werden.

Menschenfreundliche Politik

Bei aller inhaltlich-politischer Zielgebung, die mit diesem Programm einhergeht, hält der FDP-Kreisverband abschließend fest, dass nicht politische Programmatik und Ideologie im Mittelpunkt politischen Engagements zu stehen hat, sondern alleine der Mensch mit all seinen Eigenheiten und Bedürfnissen. Dies gilt nicht nur für die Bundes- und Landes-, sondern gerade auch für die Kommunalpolitik!

Denn:

**Wichtiger als der Staat ist die Gemeinde,
noch wichtiger als die Gemeinde ist der Mensch!**

Theodor Heuss